

Mitglied der SoVD-Landeskonferenz verstorben

Trauer um Jörg Dworatzek



Jörg Dworatzek, 1. Vorsitzender des SoVD-Kreisverbands Goslar und Mitglied der SoVD-Landeskonferenz, ist am 19. Januar 2024 im Alter von 53 Jahren unerwartet verstorben.

Jörg Dworatzek gehörte seit 2018 dem SoVD-Ortsverband Münchehof an und übernahm im selben Jahr auch die Funktion des 2. Vorsitzenden. Ab 2021 war er als 1. Vorsitzender im Ortsverband tätig. Den Kreisverband Goslar führte er als 1. Kreisvorsitzender seit 2022 und gehörte seit Mitte des vergangenen Jahres auch dem damaligen SoVD-Landesvorstand

in Niedersachsen – der jetzigen Landeskonferenz – an.

Mit Jörg Dworatzek verlieren wir einen außergewöhnlichen Menschen, der sich mit seiner Tatkraft und seinen Ideen für die Ziele und Überzeugungen des SoVD in besonderer Weise eingesetzt hat. Wir sind sehr betroffen und trauern um einen Mitstreiter für soziale Gerechtigkeit. Unser tiefes Mitgefühl gilt seiner Familie.

Der SoVD-Landesverband Niedersachsen, der Kreisverband Goslar und der Ortsverband Münchehof werden Jörg Dworatzek stets ein ehrendes Andenken bewahren.

SoVD engagiert sich für eine Lösung, die die Inklusion stärkt

„Runder Tisch Taxi“

Im Jahr 2022 hatten viele Kommunen in Niedersachsen aufgrund der gestiegenen Preise eine neue Gebührenordnung für Taxifahrten beschlossen. Mehrere Kommunen hatten in diesem Rahmen einen zusätzlichen Aufschlag für Rollstuhlfahrer*innen angekündigt. Der SoVD in Niedersachsen reagierte mit Stellungnahmen, Pressemitteilungen und Gesprächen empört auf dieses Vorhaben, da es aus Sicht des Verbands der Inklusion zuwiderlaufe. Kürzlich gab es in der Debatte Bewegung.

Derartige Zusatzgebühren seien diskriminierend und würden Menschen mit Behinderung in ihrer gesellschaftlichen Teilhabe massiv benachteiligen, sagte der SoVD 2022 nach der Ankündigung der Kommunen. Die damalige niedersächsische Sozialministerin Daniela Behrens pflichtete der deutlichen Kritik des SoVD bei. Sie wandte sich an den damaligen Wirtschafts- und Verkehrsminister Bernd Althusmann, um gemeinsam mit den Kommunen nach Lösungen zu suchen.

Kürzlich kam Bewegung in die Debatte: Das niedersächsische Wirtschaftsministerium lud den SoVD zum „Runden Tisch Taxi“ ein. Beim Gespräch mit dabei waren Vertreter*innen des Sozialministeriums, der Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen Spitzenverbände Niedersachsen, des Gesamtverbands Verkehrsgewerbe Niedersachsen,



Foto: Andriy Popov / PantherMedia

Taxizuschläge für Rollifahrer*innen widersprechen dem Recht auf Teilhabe und dem Recht auf barrierefreie Mobilität, so der SoVD.

der Landesnahverkehrsgesellschaft Niedersachsen mbH, des Mess- und Eichwesens Niedersachsen und des Niedersächsischen Inklusionsrats von Menschen mit Behinderung.

Alle Beteiligten waren der Auffassung, dass Taxizuschläge für Rollstuhlfahrer*innen nicht hinnehmbar sind. Die Vertreterin des SoVD, Katharina Lorenz, schlug als Lösung eine

Zuschussvergabe an die beteiligten Taxiunternehmer*innen durch die Kommunen oder das Land vor. Auch ein Teilhabebegeld in Form eines Mobilitätsbudgets für Menschen mit Behinderung sei eine mögliche Lösung.

Ein weiteres Treffen des „Runden Tisches Taxi“ wird mit allen Beteiligten Anfang März 2024 stattfinden.

„Demokratie stärken – Aktiv werden gegen Rechtsextremismus“

Ehrenamtsakademie 2024

Das zunehmende Erstarken der AfD und die Verbreitung rechtspopulistischer, menschen- und minderheitenfeindlicher Positionen in der Bevölkerung betrachtet der SoVD in Niedersachsen mit größter Sorge. Der Verband sieht es als seine Verantwortung an, sich der Normalisierung rechtsextremer Positionen in Politik und Gesellschaft deutlich entgegenzustellen. Dazu möchte der SoVD auch seine ehrenamtlich Engagierten und interessierte SoVD-Mitglieder ermutigen und sie bestmöglich unterstützen. Daher bietet der Landesverband im April an drei Terminen Ehrenamtsakademien zum Thema „Demokratie stärken“ an.

Eine deutliche Positionierung gegen antidemokratische Tendenzen und menschenfeindliche Forderungen wird immer wichtiger (siehe auch Seite 10). Um der Normalisierung von rechten Ideologien entgegenzuwirken, ist es nötig, sich zu erkennen zu geben und mit klarem Wertekompass ermutigend voranzugehen. Rechter Hetze und populistischer Rhetorik im politischen Diskurs kann der SoVD nur mit klarer Haltung und

guten Argumenten begegnen. Wie Demokratie konkret gegen rechtsextreme Kräfte verteidigt werden kann, möchte der SoVD-Landesverband gemeinsam mit seinen ehrenamtlich Aktiven und interessierten Mitgliedern erörtern. Daher veranstaltet der SoVD im April 2024 die Ehrenamtsakademie „Demokratie stärken“. Ziel der Veranstaltung ist, sprechfähig zu werden und klar Position gegen rechte Menschenfeindlichkeit beziehen zu

können. Referent*innen des Landes-Demokratiezentrums Niedersachsen sowie der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Niedersachsen begleiten die Veranstaltungen gemeinsam mit SoVD-Vertreter*innen.

Termine und Veranstaltungsorte: Samstag, 6. April, in Verden | Freitag, 12. April, in Bad Zwischenahn | Donnerstag, 18. April, in Hildesheim.

Die Veranstaltungen sind kostenfrei. Sie beginnen jeweils um 10 Uhr mit einem Begrüßungskaffee und enden gegen 16 Uhr. Für Mittagessen ist gesorgt. Die Teilnehmendenzahl ist aufgrund der Diskussions- und Übungsmöglichkeiten auf 25 Personen begrenzt. Interessierte Mitglieder und Ehrenamtliche können sich bis 15. März gerne unter www.sovd-weiterbildung.de oder per E-Mail an weiterbildung@sovnd-nds.de anmelden. Die konkreten Veranstaltungsorte werden mit der Teilnahmebestätigung mitgeteilt.



Foto: Stefanie Jäkel

Die SoVD-Ehrenamtsakademien bieten Gelegenheit, sich über wichtige Verbandsthemen zu informieren und auszutauschen.

Inflationsausgleichsprämie: SoVD kritisiert Ungleichbehandlung

Rentner*innen werden abgehängt

Bis zu 3.000 Euro erhalten ehemalige niedersächsische Beamte*Beamtinnen ab April dieses Jahres als Ausgleich für die gestiegene Inflation. Möglich machen dies die Tarifeinigung im öffentlichen Dienst und ein entsprechender Gesetzentwurf der Landesregierung. Die Tatsache, dass es für Rentner*innen keine Ausgleichzahlung gibt, ist in den Augen des SoVD zutiefst ungerecht. Er fordert deshalb von der Politik, eine entsprechende finanzielle Unterstützung auf den Weg zu bringen.

„Wir gönnen wirklich jedem* jeder eine solche Ausgleichzahlung. Was wir aber nicht

einfach hinnehmen können, ist die Tatsache, dass es so eine Unterstützung für die fast zwei Millionen Rentner*innen in Niedersachsen nicht geben wird. Da wird mit zweierlei Maß gemessen“, kritisiert Bernhard Sackarendt, Vorsitzender des SoVD-Verbandsrats in Niedersachsen. Betroffene könnten diese Ungerechtigkeit nicht nachvollziehen und fühlten sich von der Politik im Stich gelassen. Deshalb müsse sich Niedersachsen im Bundesrat dafür starkmachen, dass diese Ungerechtigkeit beendet werde und auch Rentner*innen mit einer Ausgleichzahlung entlastet werden.



Foto: Iulianna Est / Adobe Stock

Für Niedersachsens größten Sozialverband steht fest, dass auch Rentner*innen eine Sonderzahlung erhalten müssen.